

Allgemeine Bauartgenehmigung

Zulassungsstelle für Bauprodukte und Bauarten Bautechnisches Prüfamt

Eine vom Bund und den Ländern
gemeinsam getragene Anstalt des öffentlichen Rechts
Mitglied der EOTA, der UEAtc und der WFTAO

Datum: 16.08.2018 Geschäftszeichen:
III 33-1.6.500-44/18

Nummer:
Z-6.500-2355

Antragsteller:
Novar GmbH
Dieselstraße 2
41469 Neuss

Geltungsdauer
vom: **16. August 2018**
bis: **15. Juli 2019**

Gegenstand dieses Bescheides:
Bauart zum Errichten der Feststallanlage "System 8000-FSA"

Der oben genannte Regelungsgegenstand wird hiermit allgemein bauaufsichtlich genehmigt.
Dieser Bescheid umfasst 13 Seiten.

DIBt

I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- 1 Mit der allgemeinen Bauartgenehmigung ist die Anwendbarkeit des Regelungsgegenstandes im Sinne der Landesbauordnungen nachgewiesen.
- 2 Dieser Bescheid ersetzt nicht die für die Durchführung von Bauvorhaben gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen, Zustimmungen und Bescheinigungen.
- 3 Dieser Bescheid wird unbeschadet der Rechte Dritter, insbesondere privater Schutzrechte, erteilt.
- 4 Dem Anwender des Regelungsgegenstandes sind, unbeschadet weitergehender Regelungen in den "Besonderen Bestimmungen", Kopien dieses Bescheides zur Verfügung zu stellen. Zudem ist der Anwender des Regelungsgegenstandes darauf hinzuweisen, dass dieser Bescheid an der Anwendungsstelle vorliegen muss. Auf Anforderung sind den beteiligten Behörden ebenfalls Kopien zur Verfügung zu stellen.
- 5 Dieser Bescheid darf nur vollständig vervielfältigt werden. Eine auszugsweise Veröffentlichung bedarf der Zustimmung des Deutschen Instituts für Bautechnik. Texte und Zeichnungen von Werbeschriften dürfen diesem Bescheid nicht widersprechen, Übersetzungen müssen den Hinweis "Vom Deutschen Institut für Bautechnik nicht geprüfte Übersetzung der deutschen Originalfassung" enthalten.
- 6 Dieser Bescheid wird widerruflich erteilt. Die Bestimmungen können nachträglich ergänzt und geändert werden, insbesondere, wenn neue technische Erkenntnisse dies erfordern.
- 7 Dieser Bescheid bezieht sich auf die von dem Antragsteller im Genehmigungsverfahren zum Regelungsgegenstand gemachten Angaben und vorgelegten Dokumente. Eine Änderung dieser Genehmigungsgrundlagen wird von diesem Bescheid nicht erfasst und ist dem Deutschen Institut für Bautechnik unverzüglich offenzulegen.
- 8 Die von diesem Bescheid umfasste allgemeine Bauartgenehmigung gilt zugleich als allgemeine bauaufsichtliche Zulassung für die Bauart.

II BESONDERE BESTIMMUNGEN

1 Regelungsgegenstand und Anwendungsbereich

1.1 Regelungsgegenstand

Die allgemeine Bauartgenehmigung gilt für die Errichtung der Feststallanlage, "System 8000-FSA" genannt, und ihre Anwendung für Feuerschutzabschlüsse, Rauchschutzabschlüsse und andere Abschlüsse die die bauordnungsrechtliche Anforderung "selbstschließend" erfüllen, im Folgenden Abschlüsse genannt.

Für die Errichtung der Feststallanlage müssen folgende Geräte verwendet werden:

- Auslösevorrichtung
- Energieversorgung
- Brandmelder sowie
- Feststellvorrichtungen.

1.2 Anwendungsbereich

Die Feststallanlagen sind geeignet, die Funktion von Schließmitteln an Feuerschutzabschlüssen, Rauchschutzabschlüssen, und anderen Abschlüssen, die die bauordnungsrechtliche Anforderung "selbstschließend" erfüllen, jeweils als einflügelige und zweiflügelige Drehflügeltüren, Schiebetüren und -tore sowie Rolltore und Hubtore in inneren Wänden kontrolliert unwirksam zu machen und die im Brand- und Störfall sowie bei Handauslösung erforderlichen Steuerungsvorgänge beim Schließen auszuführen.

An folgenden Abschlüssen dürfen die Feststallanlagen nach dieser allgemeinen Bauartgenehmigung nicht angewendet werden:

- Abschlüsse, bei denen der Personenschutz im Fall eines Brandalarms, einer Störung oder einer Handauslösung über Steuerungsvorgänge dieser Feststallanlage gewährleistet werden muss
- Feuerschutzvorhänge
- Rauchschutzvorhänge
- Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngeländer Förderanlagen

Die Erfüllung von Anforderungen an den Explosionsschutz ist nicht Gegenstand dieser allgemeinen Bauartgenehmigung. Für Abschlüsse von Räumen, in denen mit einer explosionsfähigen Atmosphäre gerechnet werden muss, sind insbesondere die Anforderungen gemäß den Bestimmungen zur Umsetzung der Richtlinie 2014/34/EU¹ zu beachten.

2 Bestimmungen für Entwurf und Bemessung

2.1 Allgemeines

Die Geräte für diese Bauart müssen den den Bauartgenehmigungsprüfungen zugrundeliegenden Geräten sowie den Bestimmungen dieser allgemeinen Bauartgenehmigung entsprechen.

Die Geräte der Feststallanlage müssen derart zusammenwirken, dass der festgehaltene Abschluss sicher und unverzüglich freigeben wird, wenn die Auslösevorrichtung angesprochen hat.

¹ 2014/34/EURICHTLINIE 2014/34/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES UND DES RATES vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen

2.2 Auslösevorrichtung

Für die Feststallanlage "System 8000-FSA" muss das Gerät "FSA Koppler 808619.10" der Firma Novar GmbH gemäß Leistungserklärung² nach DIN EN 54-17³ und DIN EN 54-18⁴ in Verbindung mit dem Analog-Ringmodul "784 382" oder Analog-Ringmodul "784 382.10" in den Brandmeldezentralen "BMZ 8000C", "BMZ IQ8ControlC", "BMZ 8000M", "BMZ IQ8ControlM", "BMZ 8007" oder "BMZ 8008" der Firma Novar GmbH, gemäß Leistungserklärung⁵ nach DIN EN 54-2⁶, als Auslösevorrichtung verwendet werden. Diese selbständige Steuereinrichtung benötigt für die Feststallanlagen-Funktionalität die System- und Kundendaten-Software ab Version 2.40 R 001. Für den Feststallanlagen-Betrieb muss die Steckbrücke "normal/nur Rel. 1" in die Position "nur Rel. 1" gesteckt werden.

Nach einem Reset oder dem Neustart erfolgt innerhalb von 180 Sekunden die Meldebereitschaft, in dieser Zeit ist der "FSA Koppler 808619.10" nicht melde- bzw. auslösebereit.

Betriebsumgebungsbedingungen des Gerätes nach Angabe des Herstellers:

- Schutzart: IP40
- Lufttemperatur: -5 °C bis +50 °C
- Relative Feuchte ≤ 95 % (nicht kondensierend)

2.3 Energieversorgung

Als Energieversorgung müssen die Netzgeräte der Firma Novar GmbH nach Tabelle 1 verwendet werden. Die Energieversorgung muss die Auslösevorrichtung nach Abschnitt 2.2 und die Feststellvorrichtung nach Abschnitt 2.5 versorgen.

Die Brandmelder nach Abschnitt 2.4 müssen durch die Energieversorgung der jeweiligen Brandmeldezentrale versorgt werden.

Tabelle 1: Netzgeräte der Firma Novar GmbH

Lfd. Nr.	Typbezeichnung	allgemeine bauaufsichtliche Zulassung	Betriebsspannung	Elektrische Leistung
1	RAS NT 5612	Z-6.510-2312	12 VDC	36 W
2	RAS NT 5624	Z-6.510-2313	24 VDC	36 W

² Leistungserklärung gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 auf der Grundlage von DIN EN 54-17 und DIN EN 54-18

Die Leistungserklärung muss Angaben zu allen wesentlichen Merkmalen, die im Anhang ZA.1 der DIN EN 54-17 und DIN EN 54-18 aufgeführt sind, enthalten. Die erklärten Leistungen müssen den in DIN EN 54-17 und DIN EN 54-18 formulierten Anforderungen (Grenzwerte und/oder Beschreibung) entsprechen.

³ DIN EN 54-17-2006 Brandmeldeanlagen – Teil 17: Kurzschlussisolatoren

⁴ DIN EN 54-18-2006 Brandmeldeanlagen – Teil 18: Eingangs-/Ausgangsgeräte

⁵ Leistungserklärung gem. Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 auf der Grundlage von DIN EN 54-2

Die Leistungserklärung muss Angaben zu allen wesentlichen Merkmalen, die im Anhang ZA.1 der DIN EN 54-2 aufgeführt sind, enthalten. Die erklärten Leistungen müssen den in DIN EN 54-2 formulierten Anforderungen (Grenzwerte und/oder Beschreibung) entsprechen.

⁶ DIN EN 54-2: 1997+A1:2006 Brandmeldeanlagen – Teil 2: Brandmeldezentralen

2.4 Brandmelder

Als Brandmelder müssen die Melder nach Tabelle 2 verwendet werden.

Tabelle 2: Brandmelder der Firma Novar GmbH

Lfd. Nr.	Typbezeichnung	Betriebsumgebungsbedingungen ⁷		
		Schutzart	Temperatur [°C]	rel. Feuchte
1. Optische Rauchmelder nach DIN EN 54-7 ⁸ mit Leistungserklärung ⁹				
1.1	O-1362 o.E.	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.2	O-1361	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.3	O-1361 Ex	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.4	O-1371	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.5	OT-1363	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
1.6	OT-1363 EX	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
1.7	OT-1373	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
1.8	O ² T-1374	IP40	-20 bis +65	≤ 95 %
1.9	O-802371	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.10	O-803371	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.11	OT-802373	IP40	-20 bis +72	≤ 95 %
1.12	O ² T-802374	IP40	-20 bis +65	≤ 95 %
1.13	O ² T-803374	IP40	-20 bis +65	≤ 95 %
2. Wärmemelder der Klasse A1 nach DIN EN 54-5 ¹⁰ mit Leistungserklärung ¹¹				
2.1	TD-1262 o.E.	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
2.2	TD-1261	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
2.3	TD-1261 Ex	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
2.4	TD-1271	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
2.5	TD-802271	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %
2.6	TD-803271	IP40	-20 bis +50	≤ 95 %

2.5 Feststellvorrichtungen

2.5.1 Allgemeines

Die Feststellvorrichtungen müssen die zum Schließen der Abschlüsse erforderliche Energie im gespeicherten Zustand halten und bei entsprechendem Signal der Auslösevorrichtung oder des Handauslösetasters den Abschluss zum Schließen freigeben.

⁷ Betriebsumgebungsbedingungen nach Angabe des Herstellers

⁸ DIN EN 54-7:09-2006 Brandmeldeanlagen – Teil 7: Rauchmelder – Punktförmige Melder nach dem Streulicht- Durchlicht- oder Ionisationsprinzip

⁹ Leistungserklärung gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 auf der Grundlage von DIN EN 54-7
Die Leistungserklärung muss Angaben zu allen wesentlichen Merkmalen, die im Anhang ZA.1 der DIN EN 54-7 aufgeführt sind, enthalten. Die erklärten Leistungen müssen den in DIN EN 54-7 formulierten Anforderungen (Grenzwerte und/oder Beschreibung) entsprechen.

¹⁰ DIN EN 54-5:05-2017 Brandmeldeanlagen – Teil 5: Wärmemelder – Punktförmige Melder

¹¹ Leistungserklärung gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 auf der Grundlage von DIN EN 54-5
Die Leistungserklärung muss Angaben zu allen wesentlichen Merkmalen, die im Anhang ZA.1 der DIN EN 54-5 aufgeführt sind, enthalten. Die erklärten Leistungen müssen den in DIN EN 54-7 formulierten Anforderungen (Grenzwerte und/oder Beschreibung) entsprechen.

2.5.2 Feststellvorrichtungen für Drehflügeltüren

Als Feststellvorrichtung für Drehflügeltüren müssen die Elektrohaftmagnete nach Tabelle 3, die Türschließer mit elektrisch betriebener Feststellvorrichtung oder die elektrisch betriebenen Freilauftürschließer nach Tabelle 4 verwendet werden.

Tabelle 3: Elektrohaftmagnete nach DIN EN 1155¹² mit Leistungserklärung¹³)

Lfd. Nr.	Typbezeichnung	Leistung [W]	Betriebsspannung [VDC]	Betriebsumgebungsbedingungen ⁵		
				Schutz-art	Temperatur [°C]	rel. Feuchte
1. Hersteller Kendrion						
1.1	GT50R...	1,5	24	IP65	-5 bis +55	≤ 93 %
1.2	GT60R...	2,1	24	IP65	-5 bis +55	≤ 93 %
1.3	GT63R...	1,5	24	IP65	-5 bis +55	≤ 93 %
1.4	GT70R...	1,5	24	IP65	-5 bis +55	≤ 93 %
2. Hersteller DORMA						
2.1	EM 500 G, U, A	1,5	24	IP40	±0 bis +50	≤ 93 %

Tabelle 4: Türschließer mit elektrisch betriebener Feststellvorrichtung und elektrisch betriebenen Freilauftürschließer nach DIN EN 1155¹² mit Leistungserklärung¹³ und einer Betriebsspannung von 24 VDC

Lfd. Nr.	Typbezeichnung	Leistung [W]	Feststellung (Sonderfunktion)	Betriebsumgebungsbedingungen ^{Fehler! Textmarke nicht definiert.}		
				Schutz-art	Temperatur [°C]	rel. Feuchte
1. Hersteller DORMA						
1.1	TS73 EMF	2,0	im Türschließer	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.2	TS73 EMF/S	2 x 2,0	im Türschließer (Schalter*)	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.3	BTS80 EMB	2,3	im Türschließer	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.4	BTS80 FLB	2,3	im Türschließer (Freilauftürschl.)	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.5	TS93 EMF	1,4	i.d. Gleitschiene	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.6	TS93 GSR/EMF 1	2 x 1,4	i.d. Gleitschiene (Schließfolgereg.)	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.7	TS93 GSR/EMF 2	2 x 1,4	i.d. Gleitschiene (Schließfolgereg.)	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.8	ITS96 EMF	1,4	i.d. Gleitschiene	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %

¹²

DIN EN 1155:2003 Elektrisch betriebene Feststellvorrichtungen für Drehflügeltüren

¹³

Leistungserklärung gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 auf der Grundlage von DIN EN 1155 Die Leistungserklärung muss Angaben zu allen wesentlichen Merkmalen, die im Anhang ZA.1 der DIN EN 1155 aufgeführt sind, enthalten. Die erklärten Leistungen müssen den in DIN EN 54-7 formulierten Anforderungen (Grenzwerte und/oder Beschreibung) entsprechen.

Lfd. Nr.	Typbezeichnung	Leistung [W]	Feststellung (Sonderfunktion)	Betriebsumgebungsbedingungen <small>Fehler! Textmarke nicht definiert.</small>		
				Schutzart	Temperatur [°C]	rel. Feuchte
1.9	ITS96 GSR-EMF	2 x 1,4	i.d. Gleitschiene (Schließfolgereg.)	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
1.10	TS99 FL	2,0	im Türschließer (Schließfolgereg.)	IP20	-15 bis +40	≤ 93 %
2. Hersteller GEZE						
2.1	TS 550 E	3,0	im Türschließer	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.2	TS 4000 E	1,0	im Türschließer	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.3	TS 4000 E-IS	2 x 1,0	im Türschließer (Schließfolgereg.)	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.4	TS 5000 E	2,2	i.d. E-Gleitsch.	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.5	TS 5000 E-IS	2 x 2,2	i.d. IS-Gleitsch. (Schließfolgereg.)	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.6	TS 5000 E-FS	1,0	im Türschließer (Freilauftürschl.)	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.7	Boxer Gr. 2 - 4	2,2	i.d. E-Gleitsch.	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
2.8	Boxer Gr. 3 - 6	2,2	i.d. E-Gleitsch.	IP20	-5 bis +50	≤ 95 %
* eingebauter Schalter zum Schalten eines Schließfolgereglers mit elektrisch betriebener Feststellvorrichtung						

2.5.3 Feststellvorrichtungen für Schiebetüren und -tore, Rolltore und Hubtore

Als Feststellvorrichtungen für Schiebetüren und -tore, Rolltore und Hubtore müssen die Elektrohaftmagnete und integrierten Feststellvorrichtungen nach Tabelle 5 verwendet werden.

Tabelle 5: Feststellvorrichtung für Schiebetüren und -tore, Rolltore und Hubtore

Lfd. Nr.	Typbezeichnung	Elektrische Leistung (Betriebsspannung)	Betriebsumgebungsbedingungen <small>Fehler! Textmarke nicht definiert.</small>		
			Schutzart	Temperatur [°C]	rel. Feuchte
1. Elektrohaftmagnet gemäß Z-6.510-2301 (Hersteller: Firma Kendrion)					
1.1	Baureihe GT60R	2,1 W (24 VDC)	IP44	-25 bis +60	≤ 95 %
2. Elektromagnet gemäß Z-6.510-2314, im Schließgeschwindigkeitsregler "SB3.3.x" integriert (Hersteller: Firma Kendrion (Markdorf)) Zur sicheren und dauerhaften Trennung der Feststellvorrichtung von der Stromversorgung ist die Trennstufe "EL0108.1" nach Z-6.510-2321 zu verwenden.					
2.1	01.148.2	2,15 ±10% W (24 VDC)	IP40	-15 bis +40	-

3 Bestimmungen für die Ausführung

3.1 Allgemeines

Es dürfen nach dieser allgemeinen Bauartgenehmigung nur Feststellanlagen mit Geräten nach Abschnitt 2 an den im Abschnitt 1.2 aufgeführten Abschlüssen installiert werden.

Brandmelder von Feststellanlagen dürfen keine weiterleitenden Alarmierungseinrichtungen (z. B. Übertragungseinrichtungen für Brandmeldungen) ansteuern.

Eine Ansteuerung über den potentialfreien Kontakt der Feststellvorrichtungen durch andere Brandmelder oder Brandmeldergruppen ist zusätzlich möglich.

Die Auslösevorrichtung muss im Erfassungsbereich der Brandmelder des jeweiligen Abschlusses installiert werden; ggf. ist ein zusätzlicher Brandmelder nach Tabelle 2 zu installieren.

3.2 Montageanleitung

Der Antragsteller dieser allgemeinen Bauartgenehmigung hat dafür zu sorgen, dass zu der jeweiligen Feststellanlage (entsprechend der eingesetzten Geräte) eine schriftliche Montageanleitung bereitgestellt wird. Die Montageanleitung muss so abgefasst sein, dass bei sorgfältiger Ausführung der Montage Fehler ausgeschlossen sind.

3.3 Installation der Brandmelder

3.3.1 Auswahl des Meldertyps

Die Verwendung verschiedener Meldertypen bei der Installation einer Feststellanlage ist nur im Rahmen der jeweiligen Ausführung möglich.

Nach den örtlichen und betrieblichen Gegebenheiten ist anhand der nachfolgenden Kriterien zu entscheiden, ob Brandmelder für die Brandkenngröße Rauch und/oder Wärme verwendet werden.

Soweit möglich, sollten für Feststellanlagen Rauchmelder verwendet werden. Für Feststellanlagen für Abschlüsse in Rettungswegen und für Rauchschutzabschlüsse müssen Rauchmelder verwendet werden.

Die Auswahl des Brandmeldertyps ist von der voraussichtlichen Brandentwicklung am Einsatzort abhängig:

- Ist in der Entstehungsphase des Brandes mit einem Schwelbrand zu rechnen, sollten Streulichrauchmelder eingesetzt werden. Bei der Verwendung von Streulichrauchmeldern ist zu berücksichtigen, dass dieser Meldertyp auch durch Staub ausgelöst werden kann. In solchen Bereichen sollten Streulichrauchmelder zur Vermeidung von Fehlalarmen nicht eingesetzt werden.
- Treten bei Arbeitsprozessen Rauch oder ähnliche Aerosole (z. B. Staub) auf, so dass die Gefahr besteht, dass Rauchmelder Fehlalarme auslösen, dann sollten Wärmemelder eingesetzt werden.

3.3.2 Anordnung der Melder an Wandöffnungen

Hinsichtlich der Brandmelder von Feststellanlagen für Abschlüsse in Wänden erfolgt eine Unterscheidung in Deckenmelder und Sturzmelder.

3.3.2.1 Deckenmelder

Deckenmelder müssen unmittelbar unterhalb der Deckenunterfläche über der Rauchdurchtrittsöffnung angebracht werden. Der waagerechte Abstand der Brandmelderachse von der Wand, in der sich die zu schützende Öffnung befindet, muss dabei mindestens 0,5 m und darf höchstens 2,5 m betragen (siehe Bild 2).

Im Falle besonderer Deckensituationen (z. B. schräge Decken, Unterdecken, Galerien) sind die Brandmelder jeweils dort anzubringen, wo im Falle eines Brandes zuerst eine größere Rauchkonzentration zu erwarten ist.

Die für die Anzahl und Wahl der Brandmelder maßgebenden Höhenangaben der Decke über der Oberkante der Rauchdurchtrittsöffnung beziehen sich ggf. auf die Höhe der Deckenunterfläche, an der die Brandmelder unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes anzubringen sind.

Als maßgebende Höhe "h" ist der Abstand zwischen Oberkante der Rauchdurchtrittsöffnung und der Decke anzusetzen, wo im Falle eines Brandes zuerst eine größere Rauchkonzentration zu erwarten ist (siehe Bild 1).

3.3.2.2 Sturzmelder

Sturzmelder müssen mit ihrer Halterung unmittelbar an der Wand (Abstand der Melderachse von der Wand kleiner Durchmesser des Meldersockels) über der Rauchdurchtrittsöffnung, höchstens 0,1 m über der Rauchdurchtrittsöffnung, angebracht werden, wobei die Befestigungsfläche des Melders maßgeblich ist.

Wärmemelder dürfen als Sturzmelder für Feststellanlagen für Feuerschutzabschlüsse ohne Rauchschutzeigenschaft verwendet werden, wenn zusätzlich Brandmelder an der Decke angeordnet werden (zu Anzahl und Anordnung der Brandmelder siehe Abschnitt 3.3.2.3). Als Sturzmelder für Feststellanlagen für Rauchschutzabschlüsse sind Wärmemelder nicht geeignet.

3.3.2.3 Anzahl der erforderlichen Brandmelder

Zur Ermittlung der Anzahl der erforderlichen Brandmelder wird angenommen, dass ein Brandmelder einen Bereich erfasst, dessen Grenzen 2,0 m vom Brandmelder entfernt sind.

Bei Öffnungsbreiten über 4,0 m sind daher weitere Brandmelder bzw. -paare erforderlich, um die gesamte Öffnungsbreite zu erfassen.

Im Regelfalle müssen in den beiden an die Rauchdurchtrittsöffnung angrenzenden Räumen mindestens je ein Deckenmelder - also ein Melderpaar - und über der Oberkante der Rauchdurchtrittsöffnung an einer Seite des Sturzes mindestens ein Sturzmelder angebracht werden.

Liegt die Deckenunterfläche auf beiden Seiten der Rauchdurchtrittsöffnung nicht mehr als 1,0 m über der Oberkante der Rauchdurchtrittsöffnung, so kann der Sturzmelder entfallen.

Alternativ darf bei Drehflügeltüren, deren Rauchdurchtrittsöffnung nicht breiter als 3,0 m ist, anstelle der zwei Deckenmelder ein Sturzmelder angebracht werden.

Ist der Abstand der Decke von der Oberkante der Rauchdurchtrittsöffnung größer als 5,0 m, dann dürfen die zugehörigen Deckenmelder durch Melder ersetzt werden, die mindestens 3,5 m über der Oberkante der Rauchdurchtrittsöffnung und an einem Kragarm an der Wand befestigt sind. Dabei muss der horizontale Abstand zwischen der Wand und der Melderachse 0,5 m betragen.

Pendelmelder und davon abweichend angeordnete Kragarmmelder sind bei der Zählung nicht zu berücksichtigen.

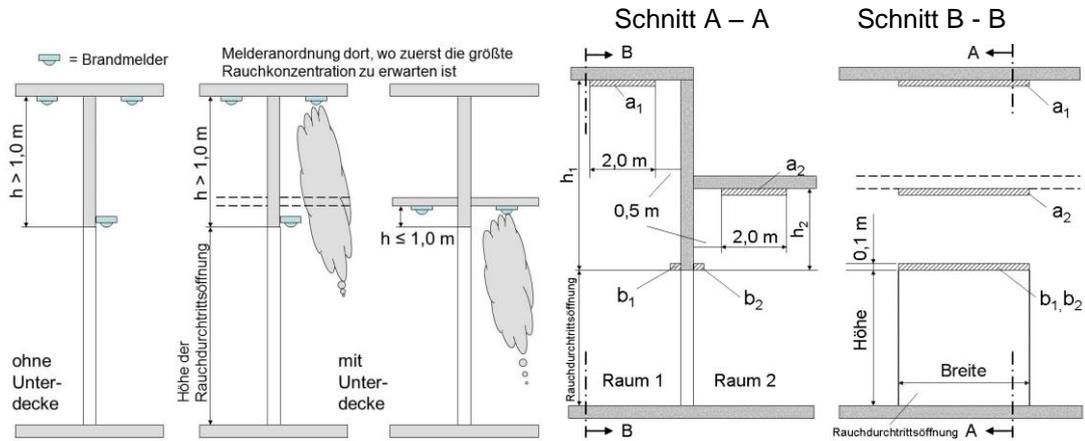


Bild 1: Maßgebende Höhe der Deckenunterfläche Bild 2: Installationsbereiche

Tabelle 5: Anzahl und Anordnung der erforderlichen Brandmelder

	Deckenkante über Unterkante Sturz	Installationsbereich ($b = b_1$ oder b_2)	Notwendige Mindestanzahl der Melder*
1	h_1 und/oder $h_2 > 1\text{ m}$	a_1 und a_2 und b	2 Decken- und ein Sturzmelder
2	h_1 und $h_2 < 1\text{ m}$	a_1 und a_2	2 Deckenmelder
3	wie Zeile 2, jedoch Drehflügeltür mit lichter Breite bis 3,0 m	a_1 und a_2	2 Deckenmelder
		b	1 Sturzmelder

* In Abhängigkeit von der Breite der Rauchdurchtrittsöffnung kann in den Fällen der Zeilen 1 und 2 eine größere Anzahl Melder erforderlich sein.

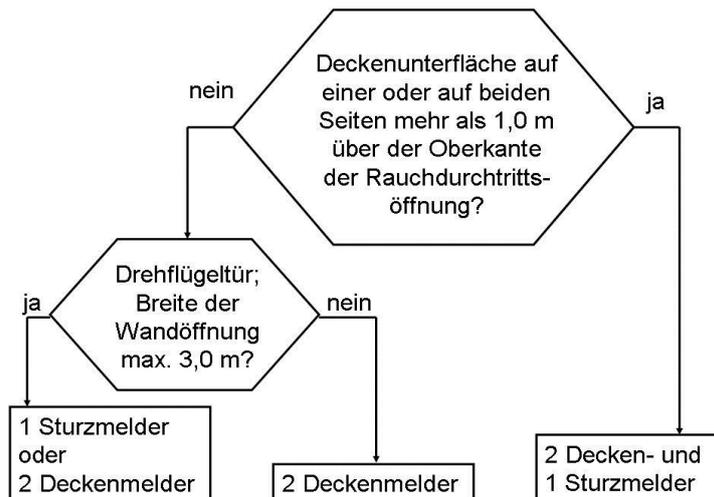


Bild 3: Entscheidungsdiagramm

3.4 Handauslösung

Jede Feststellvorrichtung muss auch mittels Handauslösetaster ausgelöst werden können, ohne dass die Funktionsbereitschaft der Auslösevorrichtung beeinträchtigt wird.

Dieser Handauslösetaster muss sich in unmittelbarer Nähe des Abschlusses befinden und darf durch den festgestellten Abschluss nicht verdeckt sein. Er muss gut sichtbar und einfach zu bedienen sein.

Der Handauslösetaster muss rot sein. In Abhängigkeit von der Art des Abschlusses muss das Gehäuse eine entsprechende Aufschrift (z. B. "Tür schließen") tragen.

Die Abmessungen des Gehäuses des Handauslösetasters müssen mindestens 40 mm x 40 mm betragen. Das Betätigungsfeld muss mindestens einen Durchmesser von 15 mm bzw. eine Fläche von 15 mm x 15 mm aufweisen.

Der Abschluss muss durch ein einmaliges kurzes Drücken (maximal 500 ms) des Handauslösetasters zum Schließen freigegeben werden. Der Schließvorgang darf durch nochmaliges Drücken nicht unterbrochen werden können.

3.5 Freihalten der Bodenfläche

Bei Abschlüssen, die durch Feststellanlagen offen gehalten werden, muss der für den Schließvorgang erforderliche Bereich ständig freigehalten werden. Dieser Bereich muss ggf. durch Beschriftung, Fußbodenmarkierung o. Ä. deutlich gekennzeichnet sein.

Erforderlichenfalls ist durch konstruktive Maßnahmen sicherzustellen, dass Leitungen, Lagergüter oder Bauteile (z. B. Unterdecken oder deren Bestandteile) nicht in den freizuhaltenen Bereich hineinfallen können.

3.6 Befestigungsmittel

Die Befestigungsmittel für die Geräte der Feststellanlage dürfen die Schutzfunktion der Abschlüsse nicht beeinträchtigen. Die Abschlüsse dürfen nicht durchbohrt werden.

Angaben zur Befestigung sind den bauaufsichtlichen Verwendbarkeitsnachweisen bzw. den Produktspezifikationen oder den Einbauanleitungen für den jeweiligen Abschluss zu entnehmen oder vom jeweiligen Hersteller einzuholen.

3.7 Elektrische Installation der Feststellanlage

Zur Vermeidung von Störungen durch Kurzschluss (unbeabsichtigte leitende Verbindung) der Auslösekontakte ist eine getrennte Leitungsführung zu Überwachungseinrichtungen, die eine Auslösung verhindern können (z. B. Handauslösetaster), erforderlich.

Sind diese Geräte (Systemteile) in einem Gehäuse zusammengefasst bzw. enthalten oder sind die Leitungen zu diesen Geräten vollständig in einem Kabelschutzrohr oder Kabelkanal verlegt, ist eine getrennte Leitungsführung nicht erforderlich.

3.8 Übereinstimmungsbestätigung für die Errichtung der Feststellanlage

Die bauausführende Firma, die die Feststellanlage errichtet hat, muss für jedes Bauvorhaben eine Bestätigung der Übereinstimmung der Bauart mit der allgemeinen Bauartgenehmigung abgeben (s. § 16 a Abs. 5, 21 Abs. 2 MBO¹⁴).

Sie muss schriftlich erfolgen und außerdem mindestens folgende Angaben enthalten:

- Z-6.500-2355
- Bezeichnung des Gegenstandes der allgemeinen Bauartgenehmigung
- Name und Anschrift der bauausführenden Firma
- Bezeichnung der baulichen Anlage
- Datum der Errichtung /der Fertigstellung
- Ort und Datum der Ausstellung der Erklärung sowie Unterschrift des Verantwortlichen

Die Übereinstimmungserklärung ist dem Bauherrn zur ggf. erforderlichen Weiterleitung an die zuständige Bauaufsichtsbehörde auszuhändigen.

3.9 Abnahmeprüfung

Nach der betriebsfertigen Errichtung einer Feststallanlage am Anwendungsort sind deren einwandfreie Funktion und vorschriftsmäßige Installation durch eine Abnahmeprüfung festzustellen. Auf diese Prüfung ist vom Antragsteller dieser allgemeinen Bauartgenehmigung hinzuweisen. Sie ist vom Betreiber zu veranlassen.

Die Abnahmeprüfung für Feststallanlagen an Abschlüssen darf nur von Fachkräften des Antragstellers dieser allgemeinen Bauartgenehmigung oder von ihm autorisierten Fachkräften oder von Fachkräften einer vom Deutschen Institut für Bautechnik im allgemeinen Bauartgenehmigungsverfahren benannten Prüfstelle durchgeführt werden.

Die Abnahmeprüfung muss mindestens die folgenden Punkte umfassen:

1. Es ist zu überprüfen, dass die eingebauten Geräte der Feststallanlage mit den in der allgemeinen Bauartgenehmigung angegebenen Geräten und Gerätekombinationen übereinstimmen.
2. Es ist zu überprüfen, dass die Kennzeichnung der installierten Geräte und Gerätekombinationen mit der in der jeweiligen allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung oder Norm angegebenen Kennzeichnung übereinstimmen.
3. Das Zusammenwirken aller Geräte und Gerätekombinationen ist anhand der allgemeinen Bauartgenehmigung nachzuprüfen, wobei die Auslösung sowohl durch Simulation der dem Funktionsprinzip der Brandmelder zugrunde liegenden Brandkenngroße als auch von Hand erfolgen muss.
4. Es ist zu prüfen, ob der Abschluss zum selbsttätigen Schließen freigegeben wird, wenn die Feststallanlage funktionsunfähig wird (z. B. durch Entfernen eines Brandmelders oder durch Energieausfall).

Nach erfolgreicher Abnahmeprüfung ist vom Betreiber in unmittelbarer Nähe des Abschlusses an der Wand ein vom Antragsteller dieser allgemeinen Bauartgenehmigung zu lieferndes Schild in der Größe 105 mm x 52 mm mit der Aufschrift

Feststallanlage

Nummer der allgemeinen Bauartgenehmigung

Abnahme durch (Firmenzeichen sowie Monat und Jahr der Abnahme)

dauerhaft anzubringen.

Dem Betreiber ist über die erfolgreiche Abnahmeprüfung eine Bescheinigung auszustellen; sie ist durch den Betreiber aufzubewahren.

4 Bestimmungen für Nutzung, Unterhalt, Wartung

4.1 Wartungsanleitung

Der Antragsteller dieser allgemeinen Bauartgenehmigung hat dafür zu sorgen, dass zu der jeweiligen Ausführungsvariante der Feststallanlage (entsprechend der eingesetzten Geräte) eine schriftliche Wartungsanleitung bereitgestellt wird. Aus der Wartungsanleitung muss ersichtlich sein, welche Arbeiten auszuführen sind, damit sichergestellt ist, dass die eingebaute Feststallanlage auch nach langer Nutzung ihre Aufgaben erfüllt.

4.2 Monatliche Überprüfung

Die Feststallanlage muss vom Betreiber ständig betriebsfähig gehalten und in Abständen von maximal einem Monat auf ihre einwandfreie Funktion überprüft werden.

Ergeben zwölf im Abstand von einem Monat aufeinander folgende Funktionsprüfungen keine Funktionsmängel, so braucht die Feststallanlage nur im Abstand von drei Monaten überprüft werden. Wird bei den vierteljährlichen Funktionsprüfungen ein Funktionsmangel festgestellt, so ist umgehend die Betriebsfähigkeit wieder herzustellen und diese durch mindestens drei aufeinanderfolgende monatliche Funktionsprüfungen nachzuweisen.

Bezüglich der im Rahmen der Überprüfung durchzuführenden Maßnahmen wird auf Abschnitt 6.1 der Norm DIN 14677¹⁵ verwiesen.

Diese Überprüfung darf nach entsprechender Einweisung von jedermann eigenverantwortlich durchgeführt werden; eine besondere Qualifikation ist nicht erforderlich.

Umfang, Ergebnis und Zeitpunkt der monatlichen bzw. vierteljährlichen Überprüfung sind aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen sind durch den Betreiber aufzubewahren.

4.3 Jährliche Prüfung und Wartung

Der Betreiber ist außerdem verpflichtet, in Abständen von maximal zwölf Monaten eine Prüfung der Feststellanlage auf ordnungsgemäßes und störungsfreies Zusammenwirken aller Geräte und Gerätekombinationen sowie eine Wartung vorzunehmen oder vornehmen zu lassen.

Bezüglich der im Rahmen der jährlichen Prüfung und Wartung durchzuführenden Maßnahmen wird auf Abschnitt 6.1 der Norm DIN 14677¹⁵ verwiesen.

Diese jährliche Prüfung und Wartung darf nur von einem Fachmann oder einer dafür ausgebildeten Person ausgeführt werden.

Umfang, Ergebnis und Zeitpunkt der jährlichen Prüfung und Wartung sind aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen sind durch den Betreiber aufzubewahren.

Maja Tiemann
Referatsleiterin

Beglaubigt

¹⁵ DIN 14677:2011

Instandhaltung von elektrisch gesteuerten Feststellanlagen für Feuerschutz- und Rauchschutzabschlüsse